

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2018

18. Mai 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

Grün-Schwarz ist nun genau zwei Jahre an der Regierung. Noch immer fehlen wegweisende Ideen, mit denen unser Land für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet werden kann. Nach wie vor ist die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition – aber auch innerhalb der CDU - gekennzeichnet durch gegenseitiges Misstrauen und schwer zu vereinbarende Positionen in vielen Bereichen. Das erstreckt sich von der gescheiterten Reform des Landtagswahlrechts über die Finanzierung von S 21, die Bewaffnung des freiwilligen Polizeidienstes, der Landesbauordnung, bis hin zum Tempolimit auf der A 81 sowie Fahrverboten für Dieselfahrzeuge. Dieser Streit gipfelte jüngst im Debakel um die Wahl der Landtagsvizepräsidentin. Die Regierungskoalition hatte keine Mehrheit mehr im Parlament und ihre Kandidatin, Sabine Kurtz (CDU), musste sich in einer unsäglichen Stichwahl mit einem AfD-Abgeordneten zur Abstimmung stellen. Das war nicht nur eine Blamage für die Regierung und ihre Fraktionen, sondern eine Beschädigung des Hohen Hauses.

Die herrschende inhaltliche Leere und Zerrissenheit in der Regierungspolitik wird einzig und allein noch vom präsidialen Gestus des Ministerpräsidenten überdeckt. Mehr als ein bloßes Verwalten ist dabei nicht drin. Die Frage, wie lange das noch gutgehen kann, steht ebenso im Raum, wie die Frage, wie die unmittelbar anstehenden Probleme in unserer Gesellschaft gelöst werden können. Zentral dabei sind die Themen Digitalisierung und ihre Auswirkung auf die Arbeitswelt und die dringend notwendige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Die SPD hat sich dieser akut drängenden Themen angenommen und auf dem Kleinen Parteitag Ende April in Bruchsal zwei

Anträge dazu eingebracht, über die ich heute näher berichten möchte.

Im Bund hat die SPD ihre Arbeit in der Regierung aufgenommen. Auch hier stehen Digitalisierung und Wohnraumschaffung im Zentrum. Dank der guten wirtschaftliche Lage und der Steuermehreinnahmen können hier wichtige Investitionen getätigt werden. Finanzminister Olaf Scholz will aus den zusätzlichen Spielräumen schon 2018 - und damit deutlich früher als geplant – 2,4 Milliarden Euro in den Digitalfonds investieren. Auch im Wohnungsbau setzte die SPD im Koalitionsvertrag eigene Akzente und rang der CDU ein klares Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau ab. Die Schaffung von 1,5 Millionen neuen Wohnungen und Einfamilienhäusern, die Einführung des Baukindergeldes und die Auflage von Bürgerschaftsprogrammen der KfW für Immobilienerwerb sind hierbei richtige Ansätze.

Auch wenn die heftigen innerparteilichen Wogen im Vorfeld der Regierungsbildung geglättet scheinen, darf uns das nicht von unserem angekündigten Erneuerungsprozess abhalten. Wir müssen wieder Zugang zu den Menschen finden, ihre Probleme aufgreifen und ihnen Lösungen anbieten. Eine gerechtere und solidarische Gesellschaft muss dabei nach wie vor Ziel sozialdemokratischen Denkens und Handelns sein und bleiben. Wichtig ist dabei zuallererst die Arbeit in unseren Ortsvereinen, in den Gemeinderäten und Kreistagen. Nächstes Jahr stehen Kommunalwahlen an. Es ist schon heute wichtig, dass wir uns darauf vorbereiten, dass wir die Themen, die die Menschen vor Ort umtreiben, zu unseren machen. Viele Ortsvereine, auch hier im Wahlkreis, leisten diesbezüglich eine vorbildliche Arbeit. Gerne bin ich bereit, Euch dabei mit einem Besuch in Euren Ortsvereinen, Städten und Gemeinden oder mit thematischen Veranstaltungen zu unterstützen. Wendet Euch mit Ideen oder Vorschlägen, aber auch Fragen und Anregungen an mein Wahlkreisbüro.

Ich wünsche Euch und Euren Familien und Freunden frohe Pfingsten und für heute eine interessante und anregende Lektüre

Euer Andreas Stoch MdL

Strategiedialog Automobilwirtschaft

In der 58. Landtagssitzung am 21. März berichtete der Ministerpräsident über den Zwischenstand des Strategiedialogs und die Aktivitäten der Landesregierung zur Transformation der Mobilität in Baden-Württemberg.

In der Aussprache erinnerte ich daran, dass Baden-Württemberg das Automobilland und die Geburtsstätte des Automobils ist. Hier wurde Ende des 19. Jahrhunderts die Grundlage für unsere heutige Mobilität und die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs gelegt. Man darf nicht unterschätzen, dass das Auto ein Identifikationssymbol ist und viele Menschen im Land stolz darauf sind. Mit mehr als 235.000 Beschäftigten im Jahr 2016 ist die Automobilindustrie einer der größten Arbeitgeber im Land.

Den Strategiedialog ins Leben zu rufen war richtig, aber er darf nicht zur Alibiveranstaltung der Landesregierung werden und als Theaterkulisse für ein bereits festgeschriebenes Drehbuch dienen, um den Verbrennungsmotor zu verbannen, koste es, was es wolle. Nach Antworten muss ergebnisoffen gesucht werden. Bisher fehlt eine Strategie, den Transformationsprozess erfolgreich umzusetzen. Die Menschen warten auf eine Perspektive und dass die Politik ihnen den Weg in ein neues Mobilitätszeitalter zeigt. Große Sorgen bestehen um Arbeitsplätze in der Automobilindustrie. Doch nur unter großem Druck wurden Betriebsräte und Gewerkschaften mit einbezogen.

Für sträflich halte ich es, bei diesen gewaltigen Veränderungen Unsicherheit bei Beschäftigten und Verbrauchern zu erzeugen, indem die Grünen das Ende des Verbrennungsmotors bis Ende 2030 fordern. Damit wird die Lebenswirklichkeit der Menschen im Land ignoriert. Die Nachrüstungsfrage muss endlich angegangen werden und die Automobilfirmen müssen hier ihren Beitrag leisten. Sie tragen einen Gutteil der Verantwortung und ihre Gewinnmeldungen und Steigerungen der Vorstandsbezüge lassen das durchaus zu. Die Entwicklung der E-Mobilität und alternativer Antriebe braucht vorerst den weiteren Absatz des Dieselmotors für notwendige Investitionen. Der technologische Vorsprung unserer Autobauer darf durch einen zu starken Fokus auf E-Motoren nicht in Gefahr gebracht werden. Die Schwarz-Weiß-Malerei – Verbrennungsmotor schlecht, alternative Antriebe gut – funktioniert nicht ohne massiven Schaden für unser Land. Schon längst hätte der Ausbau des ÖPNV vorangetrieben werden müssen, wie es die SPD schon lange verlangt. Wir brauchen kein Ausspielen verschiedener Mobilitätskonzepte, sondern einen Mix sowie Technologieoffenheit und wirksame politische Instrumente, um den Prozess zu steuern.

Wahl der Landtagsvizepräsidentin

Da der bisherige Landtagsvizepräsident Wilfried Klenk (CDU) Staatssekretär im Innenministerium wurde, schlug die CDU Sabine Kurtz für seine Nachfolge vor. Die Wahl fand in der 61. Sitzung des Landtags am 25. April nicht ohne Komplikationen statt.

Die SPD hatte beantragt, die Wahl abzusetzen und auf eine spätere Sitzung zu verschieben, weil sie eine persönliche Vorstellung der Kandidatin in der Fraktion forderte. Der Antrag wurde abgelehnt und die Wahl entwickelte sich zu einem Debakel. Kurtz erhielt im ersten Wahlgang von 135 Stimmen nur 59 und erreichte damit nicht die absolute Mehrheit. Eine Stichwahl war nötig zwischen ihr und dem Abgeordneten Merz (AfD). Erst im zweiten Wahlgang wurde die Vizepräsidentin gewählt. Mit dieser Abstimmung revanchierten sich die Grünen für die Absage der CDU-Fraktion an eine Wahlrechtsreform am Vortag. Die Regierungsfaktionen hätten gut daran getan, die Wahl unserem Antrag gemäß zu verschieben. Denn was bei dieser Wahl geschehen ist, war eine Beschädigung des Parlaments und des Amtes des Landtagsvizepräsidenten. Darin spiegelt sich die wahre Situation innerhalb der Regierungskoalition wider.

Neues Realschulkonzept

Die SPD-Landtagsfraktion brachte einen Antrag zum neuen Realschulkonzept der Landesregierung ein, der in der 62. Sitzung am 9. Mai besprochen wurde. Dieses Konzept fördert das Schubladendenken und benachteiligt schwächere Schüler.

Gerhard Kleinböck, schulpolitischer Sprecher der SPD, verwies in der Aussprache darauf, dass in der vergangenen Legislaturperiode unter SPD-Führung durch mehr individuelle Förderung und der Möglichkeit des Hauptschulabschlusses erstmals eine echte Weiterentwicklung der Realschulen stattgefunden habe. Nun rudere die Kultusministerin wieder zurück zur Selektion. Die zusätzlichen Ressourcen, die Grün-Rot den Realschulen mit den Poolstunden zur Verfügung stellte, fließen in die Bildung vermeintlich leistungsdifferenzierter Klassen. Das frühzeitige Aus-sortieren sorge für Frustration bei Schülern, Eltern und Lehrern. Die SPD fordert ein längeres Lernen im gemeinsamen Klassenverband, die Festlegung auf ein Bildungsziel, d.h. Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife, erst nach Klasse 8 und die Nutzung der Poolstunden für mehr individuelle Förderung und Binnendifferenzierung. Unverständlich ist Kleinböck, wie die Grünen diesen bildungspolitischen Schritt rückwärts zulassen können.

SPD-Landesparteitag in Bruchsal



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Am 28. April 2018 fand ein so genannter Kleiner Landesparteitag in Bruchsal statt. Schwerpunkt dieses Parteitags war der **Leitantrag „Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!“**. Als Hauptgastredner sprach **Bundesgeneralsekretär Lars Klingbeil** über die Digitalisierung und deren Auswirkungen auf den künftigen Arbeitsmarkt.



Die Digitalisierung stellt eine industrielle Revolution dar, durch die sich die Struktur der Arbeit grundlegend verändern wird. Daraus entstehen neue Möglichkeiten und Chancen. Die Hierarchien werden flacher, die Erwerbsformen zeit- und ortsunabhängiger und dadurch flexibler, gerade Familien erhalten mehr Zeitsouveränität. Gleichzeitig bergen die Veränderungen auch Risiken, z.B. die Entgrenzung von Arbeit, eine Überforderung der Arbeitnehmer durch ständige Erreichbarkeit und zu hohe und permanente Leistungserwartung. Viele Berufsbilder werden sich ändern, traditionelle Berufe verschwinden, neue entstehen. Der Rationalisierungsdruck wird sich immens erhöhen. Vor allem Jobs im Dienstleistungssektor sind gefährdet. Deswegen fordert die SPD lebenslange und wirksame Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Digitalisierung muss fester Bestandteil der Bildung von Anfang an sein. Die grundlegenden Umbrüche müssen aktiv auch im Sinne der Arbeitnehmer gestaltet werden und ein verantwortliches Unternehmertum stärken. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der „digitalen Rendite“. Den Gesamttext des Leitantrags findet Ihr unter: <https://www.spd-bw.de/dl/Digitalisierung.pdf>



Ein weiterer bedeutender Antrag war ein **Antrag zum Wohnungsbau**, den die **SPD-Landtagsfraktion** und die **Jusos Baden-Württemberg** gemeinsam mit **SPD-Kommunalpolitikern** erarbeitet hatten. Darin wird gefordert, zusätzliche 740 Hektar Baufläche im Land auszuweisen, die Landesbauförderung von 250 Millionen Euro pro Jahr auf 500 Millionen Euro zu verdoppeln, und die Einrichtung einer Landesentwicklungsgesellschaft, die sich um die Schaffung von Wohnraum kümmern soll. Eingeräumt wurden Fehler, die während unserer Regierungszeit mit den Grünen auf diesem Gebiet gemacht wurden. So haben die Änderungen in der Landesbauordnung das Bauen insgesamt teurer gemacht und kompliziert. Die Landesbauordnung muss entschlackt und einzelne Bauvorschriften auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden. Die Landesregierung muss endlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Bis 2025 werden in Baden-Württemberg ca. 500.000 Wohnungen benötigt, d.h. jährlich rund 65.000. Auch bundespolitische Maßnahmen werden wir nicht aus den Augen verlieren. Direkt zum Antrag geht's unter:

<https://www.spd-bw.de/dl/Wohnen.pdf>



Alle Anträge zum Kleinen Parteitag in Bruchsal sowie weitere Informationen findet Ihr unter: <https://www.spd-bw.de/form/show/1927/>

EU-Schulprojekttag am MSG



In diesem Jahr fand der bundesweite EU-Schulprojekttag zum zwölften Mal statt. Tausende von Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und EU-Experten waren zum Besuch von Schulen aufgerufen, um dort direkt mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen und das Interesse an der Europäischen Union zu vertiefen. Ich nutzte diese Gelegenheit, um am 4. Mai das Margarete-Steiff-Gymnasium in Giengen zu besuchen, wo ich selbst neun Jahre lang die Schulbank drückte. Die zweistündige Diskussion reichte vom Sinn der EU, über Datenschutz und Digitalisierung bis hin zur Ehe für alle.

Sportkreis-Delegation besucht Landtag

Unter dem Motto "Sport trifft Politik" starteten 46 Schülerinnen und Schüler der Königsbronner Georg-Elser-Schule am 9. Mai unter der Organisation von Sportkreis-FSJler Jannik Pharion und in Begleitung von Sportkreis-Präsidenten Klaus-Dieter Marx gen Stuttgart. Dort folgten sie nach einem Besuch beim VfB meiner Einladung in den Landtag. Erstaunt waren die Jugendlichen über den rauen und teilweise respektlosen Umgangston in der Plenardebatte, der sich in den letzten beiden Jahren vor allem durch die Anwesenheit der AfD extrem verschärft hat.



Große Unterstützung für IG Kaltenburg

Sehr erfreulich ist die große finanzielle Unterstützung, die die IG Kaltenburg für die Sanierung der Burgruine vom Land erhält. Ich selbst hatte mich bei der Denkmalstiftung des Landes Baden-Württemberg und beim Landesamt für Denkmalpflege mit persönlichen Unterstützerschreiben für eine Förderung stark gemacht, denn die Ruine Kaltenburg gehört zu den besonderen Sehenswürdigkeiten in unserem Landkreis. Von der Denkmalstiftung erhält die Kaltenburg für den zweiten Sanierungsabschnitt mit einem Gesamtvolumen von 425.000 Euro eine Zuwendung von 100.000 Euro aus Mitteln der Lotterie Glücksspirale. Vom Landesamt für Denkmalpflege wurde eine Fördersumme von über 147.000 Euro bewilligt. Das hilft, die Gesamtfinanzierung dieses großartigen Projekts zu sichern und das finanzielle Risiko für den Verein und seine Vorstandschaft zu verringern. Umso mehr freut mich, dass nicht nur aus diesen beiden Fördertöpfen Mittel nach Giengen fließen, sondern dass die Initiative der IG Kaltenburg zusätzlich noch mit dem mit 5.000 Euro dotierten Bürgerpreis der Denkmalstiftung ausgezeichnet wird. Dieser Preis steht unter dem Motto „Bürger retten Denkmale“ und unterstützt gemeinnützige Bürgerinitiativen. Die Interessengemeinschaft wurde 2014 unter dem Vorsitz von Clemens Stahl ins Leben gerufen und hat sich mutig und nicht ohne Risiko das ambitionierte Ziel gesetzt, den weiteren Zerfall der Ruine aufzuhalten und sie als regionales Kulturdenkmal wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de